Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 10

Artikel: Die Jahreswende in Osteuropa
Autor: Korab, Alexander
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160989

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE JAHRESWENDE IN OSTEUROPA

VON ALEXANDER KORAB

Das alte Jahr 1959 und das neubeginnende 1960 sind für das politische Schicksal Osteuropas von doppelter Bedeutung. Einmal geht es hierbei um ein historisches Datum aus der bewegten und tragischen neuesten Geschichte der östlichen und sogar zentralen Teile unseres Kontinentes, namentlich um das fünfzehnjährige Bestehen der Satellitenstaaten Moskaus. Wenn man aus Gründen, die in diesem Zusammenhang nicht behandelt werden können und die sich aus den radikal veränderten militärpolitischen und waffentechnischen Seiten des Ost-West-Gegensatzes ergeben, in absehbarer Zeit nicht im Stande sein wird, die Sowjets aus Ostmitteleuropa hinauszudrängen, so muß mindestens unter den politisch orientierten und mit politischen Kategorien denkenden Schichten Westeuropas das Gefühl der Solidarität mit den Ländern und Völkern jenseits der militärischen und künstlich gezogenen ideologischen Grenze wachgehalten werden. Daß es sich dabei um keine simple Feststellung, sondern um ein ernsthaftes Problem handelt, läßt sich auf Grund der Tatsache feststellen, daß man im Westen allmählich über die Emanzipationsbestrebungen der afrikanischen Völker und über die Fragen der exotischen Entwicklungsländer besser im Bilde ist als über die Situation solcher mit dem Westen politisch und kulturell verbundener Länder wie Polen, die Baltischen Republiken, Ukraine oder dem Kaukasus. Mit anderen Worten, unsere geographisch-politischen Vorstellungen befinden sich in einem Revisionsprozeß, der dazu führt, daß unser Weltbild sich andauernd verschiebt. Natürlich waren die Westeuropäer lange Zeit Ignoranten der Landeskunde der afro-asiatischen Gebiete, und wenn diese Lücken jetzt mit den neuen Begriffen und einem fundierten Wissen geschlossen werden, so ist das nur zu begrüßen. Aber es besteht die akute Gefahr, daß wir aus einem übertriebenen Hang zur Wiedergutmachung für die geschehenen Fehler und Ungerechtigkeiten des Kolonialismus uns allzu stark auf die Frage der Entwicklungsländer konzentrieren und dabei unsere europäischen Brüder in dem sowjetischen Völkergefängnis nicht sehen werden. Es ist auch zweifellos ein großer Teil der sowjetrussischen Bestrebungen, die Kraftprobe zwischen dem Kommunismus und Kapitalismus in die fernen Welten, weg von Europa, zu verlegen damit verbunden, daß der Kreml die Aufmerksamkeit und die Aktivität des Westens von dem Schauplatz der russischen Kolonialpolitik ablenken möchte. Und wie die Entwicklung der letzten Monate beweist, ist es Moskau gelungen, auf diesem Wege einige Fortschritte zu erzielen.

Natürlich können heute die Wortführer der schwarzen Antikolonialbewegung Afrikas sich freier als die Litauer, Polen oder Ukrainer im Ostblock äußern und ihre Postulate, sei es in der Organisation der UNO, sei es vor den anderen internationalen Institutionen vorbringen. Man vergißt bei uns, sich dessen bewußt zu sein, daß in den «fortschrittlichen Ländern» des Kommunismus jede Propaganda in Schrift und Wort, die die Lostrennung von Rußland und den Austritt aus dem Ostblock verlangen würde, wie ein Kapitalverbrechen von den Söhnen und Enkeln der Wortführer des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geahndet würde.

Alle Satellitenstaaten Rußlands haben vor fünfzehn Jahren, je nach dem Vormarsch der Roten Armee, entweder 1944 oder 1945, die Grundlagen ihres Vasallenstatus erhalten. Diese Wiederkehr des traurigen Datums der Anfänge der Zerrissenheit des europäischen Kontinentes, einer Zerrissenheit, die viel stärker und akuter als je in der Geschichte Europas geworden ist, führt uns noch auf einen anderen Gedanken. Wir denken an das Tempo der wirtschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen, an die unheimliche Schnelligkeit, mit der ein großes Stück Europas seine kulturellen und geistigen Besonderheiten verliert und sich einem nivellierenden Gleichschaltungsprozeß unterwerfen mußte. Man muß lange in den Epochen der Geschichte suchen, um etwas Ähnliches und Vergleichbares finden zu können. Daß in fünfzehn Jahren nicht nur die bisherigen Regierungsformen abgeschafft wurden und daß sich neue Besitzverhältnisse konstituierten, kann mit Rücksicht auf den Kataklysmus des zweiten Weltkrieges zur Not verständlich erscheinen. Bedenklicher ist jedoch ein anderes Symptom, nämlich der konsequente Ausmerzungsprozeß auf dem Gebiet der traditionellen, in der nationalen Vergangenheit der Völker Ostmitteleuropas verankerten politischen Bewegungen, nämlich seiner vier Hauptrichtungen, der Bauernbewegung, der Sozialdemokratie, des konservativ-christlichen Gedankens und der bürgerlich-liberalen Tendenzen. Wenn die bolschewistische Revolution 1917 gleich rigoros gegen alle anderen politischen Gruppen und Ideen vorgegangen ist, so handelte es sich um ein ähnliches und doch wesentlich anderes Problem. Die Konservativen, Liberalen und die Sozialdemokraten, das alles hatte keine Zeit, um sich politisch zu bewähren und tiefere Wurzeln in den russischen Boden zu schlagen. Anders ist es in den neuen Besitztümern Moskaus, wo, mit der russischen Geschichte verglichen, mehr oder weniger reiche Erfahrungen in der pluralistischen Gesellschaftsordnung, in dem Meinungsstreit und in der Rolle der Opposition vorhanden waren und teilweise noch vorhanden sind. Aber man muß sich vergegenwärtigen, welch ungeheure Verluste die demokratischen Kräfte Osteuropas im Laufe einer kurzen, nur fünfzehnjährigen

Zeit erlitten haben. Gewiß, die Kommunisten haben von der Elbe bis zur Maritza große Schwierigkeiten und sie haben bis zum heutigen Tage keinen neuen «sozialistischen Menschen» formen können. Aber man darf ihr Werk nicht nur nach der Nichterfüllung der utopischen Pläne, sondern auch nach dem messen, was sie dabei an positiven Werten vernichten und was daraus entsteht. Wenn man diese Maßstäbe an die verflossenen 15 Jahre der Geschichte Osteuropas und Ostmitteleuropas anlegt, so kommt man zu einer erschreckenden Bilanz. Hier sei nur auf die wichtigsten Positionen eingegangen. Die fast vollkommene Vernichtung der Aristokratie und des Großbürgertums, deren Position zwar von Linkskreisen mit Recht angefochten werden konnte, aber deren Rolle als Mäzene der Kultur und Kunst von größter Bedeutung war und die von dem proletarischen Staat nicht ersetzt werden kann, weil dieser Staat, verkörpert durch Personen wie Ulbricht, Gomulka, Kadar, Novotny oder Schivkoff, überhaupt nicht weiß, was Kultur und Kunst ist. Und daß das alltägliche Leben in Osteuropa so ungewöhnlich schwer geworden ist, auch jetzt, wo der blanke Terror und die strafende Hand der Geheimpolizei im wesentlichen verschwanden, ist doch vor allem darauf zurückzuführen, daß man den selbständigen Handwerker so gut wie ausgerottet hat. Wenn auf eine Millionenstadt wie Warschau einhundert Elektro- und Radiomechaniker zugelassen sind, so kann man sich ausrechnen, was mit den täglichen Bedürfnissen nach Reparaturen geschieht. Und wenn das tschechoslowakische Regime stolz verkündet, daß in Prag die letzten selbständigen Handwerker, Taxichauffeure und frei praktizierenden Ärzte verschwinden, so kommen wir nicht nur den Sorgen der Bevölkerung näher, sondern begreifen auch besser die zerstörende Wirkung des Kommunismus. Auf dieser schwarzen Liste der fünfzehnjährigen Herrschaft der «Volksdemokratien» (schon der Begriff ist absurd und widersinnig) befinden sich solche Posten wie der Verschleiß an politisch erfahrenen integren Persönlichkeiten aus dem Vorkriegsleben und aus der Zeit der deutschen Okkupation. Man braucht nur die Jahrgänge der kommunistischen Zeitungen Osteuropas nachzublättern, und die daraus entstehende Statistik über die zahlreichen Schauprozesse, nicht nur in den Hauptstädten, sondern bis in die kleinsten Provinznester, ergibt eine Summe von vielen Tausenden der unschuldig Ermordeten oder Verurteilten. Diese Schauprozesse haben den Ländern einen Verlust an der Substanz gebracht, den man sich bei uns kaum vorstellen kann. Man darf nicht vergessen, daß auch diejenigen, die nach dem Tode Stalins, in den Jahren 1955/1957 aus den Gefängnissen entlassen und rehabilitiert wurden, zu 90% nur menschliche Ruinen sind. Davon könnten die Psychiater und die Direktoren der Anstalten für Gemütskranke in den Ostblockstaaten ein langes Lied erzählen. Wenn man dazu die bei der jungen Generation durch die Entwertung des Wortes, des wissenschaftlichen Urteils, der ideologischen Definition entstandenen Schäden

in der geistigen Entwicklung hinzunimmt, weiß man erst dann, welche Zerstörungen in Osteuropa entstanden sind.

Trübe Aussichten für die Zukunft

Wenn diese Ergebnisse der fünfzehnjährigen Herrschaft der Sowjetunion in dem von ihr okkupierten osteuropäischen und mitteleuropäischen Raum von irgendwelchen besseren Perspektiven für die Zukunft ausgeglichen werden könnten, so würde das trotz dem ganzen Unglück noch einen Schimmer der Hoffnung für die Unterdrückten geben. Aber der politische Ausklang des Jahres 1959 in allen Satellitenländern erlaubt uns keineswegs einen solchen optimistischen Blick. Im Gegenteil. Die im Namen Moskaus regierenden Diktatoren haben in der Zeitspanne von Ende Oktober bis Ende Dezember neue Ziele und Verpflichtungen auferlegt, die den relativen Waffenstillstand seit dem sowjetrussischen XX. Parteitag und seit der ungarischen Revolution und dem Umschwung in Polen beenden sollen.

Schauen wir uns kurz an, was in dieser knappen Zeit von zwei Monaten überall geschehen ist. Den Anfang machte das Gomulka-Polen, wo unter der Ausnützung der Versorgungsschwierigkeiten tiefgreifende Veränderungen in der Besetzung der hohen Posten unter dem Rückgriff auf kompromittierte Stalinisten, Einschränkungen der kulturellen Freiheit und eine Straffung der Wirtschaftspolitik erfolgt sind. In der Tschechoslowakei wurde eine drastische Verwaltungsreform angekündigt, die einen gewaltigen Schritt in der Angleichung der administrativen Struktur des Landes an diejenige der Sowjetunion bedeuten soll. Gleichzeitig wird in Prag die baldige Annahme einer neuen «sozialistischen Verfassung» lanciert, wodurch die Reste der westlichen Überlieferungen und Traditionen beseitigt werden. In Ungarn hat der letzte Parteitag die Waffe des Klassenkampfes vor allem im Hinblick auf die Kollektivierung des privaten Bauernbesitzes wiederbelebt. Die Situation in Rumänien, Bulgarien und Albanien zeichnet sich ebenfalls durch eine wachsende Ausmerzung der traditionellen Verhältnisse und durch die Verschärfung der klassenkämpferischen Mittel aus. Sollte jemand annehmen, daß Ostdeutschland eine Ausnahme bildet, so würde er sich schwer irren. Walter Ulbricht, der kommunistische Führer der DDR ist insofern in einer besseren Situation als Gomulka und sogar mancher andere Parteileiter, als er von der Entstalinisierung überhaupt keinen Gebrauch machte und infolgedessen jede Verschärfung in der Sowjetzone sich für den außenstehenden Beobachter weniger deutlich abzeichnet. Aber sie ist auch in dem am weitesten nach dem Westen vorgeschobenen Stützpunkt Rußlands vorhanden und äußert sich vor allem im Agrarsektor, wo Ulbricht die Bildung von Kolchosen forciert.

Das alles vollzieht sich in einer Zeitperiode, die im internationalen Sprachgebrauch als die Periode der Entspannung bezeichnet wird. Mit anderen Worten, Chruschtschew nützt die durch die Gespräche von Camp David eingetretene Situation in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen dazu aus, um in den Satellitenstaaten den Prozeß der Gleichschaltung und Nivellierung in einem beschleunigten Tempo voranzutreiben. Die Beschlüsse dazu sind vermutlich auf der geheimen Ostblockkonferenz in Rumänien Mitte Oktober gefallen, als Chruschtschew zu einem angeblichen Erholungsurlaub in dem südöstlichen Satellitenstaat weilte. Diese Zusammenkunft ist zwar halbamtlich von den Sowjets dementiert worden, aber die Gleichzeitigkeit der in den Ostblockstaaten vorgenommenen klassenkämpferischen Maßnahmen verstärkt nur die Vermutungen und Informationen über eine derartige Geheimkonferenz.

FREIHEIT UND ZWANGSLÄUFIGKEIT IM WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN GESCHEHEN

VON JOSUA WERNER

Mehr und mehr vermag das Geschehen, in welches der Einzelne und die Gesellschaft eingebettet sind, auf den ersten Anhieb den Eindruck einer zwangsläufigen Entwicklung zu erwecken. Die Frage nach einer solchen Zwangsläufigkeit der Entwicklung ist besonders aktuell im Bereich der Technik. Die technischen Errungenschaften scheinen sich weitgehend autonom zu entfalten. Nur allzu leicht verlieren sie den konkreten Bezug zum menschlichen Leben und entziehen sich — ein Hinweis auf die Unfallziffern im Straßenverkehr mag dies belegen — einer wirklich sinnvollen Kontrolle. Was hier am Beispiel der Technik angedeutet wird, ließe sich ebenfalls für den Bereich der Politik, der Wirtschaft, des Sports, ja selbst am Beispiel des modernen «Kulturbetriebs» aufzeigen, die alle eine weitgehende Eigengesetzlichkeit der Entwicklung in sich zu tragen scheinen.

Trotzdem bleibt die Frage offen, ob wirklich von einer zwangsläufigen Entwicklung der verschiedenen Gestaltungsbereiche der menschlichen